



WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden Ausgabe Dezember 2015

Unter falscher Flagge

Täglich gibt es Überfälle und Brandanschläge auf Flüchtlingsheime und tätliche Übergriffe auf Migranten in unserem Land. Auch in unserer Region gab es derartige Anschläge. Stichwortgeber sind Stimmen wie „Das Boot ist voll – sie plündern unsere Sozialkassen und nehmen uns unsere Arbeit weg - Grenzen dicht und abschieben“. Solche Parolen sind uns von NPD und PEGIDA bekannt und werden nun zunehmend von CDU/CSU, Teilen der SPD und Grünen (etwas leiser) übernommen.

Zustrom war vorhergesagt

Der Zustrom von Flüchtlingen scheint wie über Nacht hereingebrochen zu sein. Inzwischen aber ist bekannt, dass der Regierung schon im Frühjahr eine entsprechende Prognose bekannt war. Doch nichts geschah zur Vorbereitung, nicht einmal die Länder wurden informiert. Ohne die enorme Welle der Hilfsbereitschaft hätte es nur Chaos gegeben. War das gewollt?

Fortsetzung auf Seite 2



10. Oktober: 250.000 Menschen demonstrierten in Berlin gegen TTIP und CETA, für die Demokratie und einen gerechten Welthandel. Die gemeinsame Forderung lautet, die Verhandlungen mit den USA für TTIP zu stoppen und das mit Kanada verhandelte CETA nicht zu ratifizieren. Es war die größte Demonstration seit über 10 Jahren in Deutschland. Nie zuvor sind in Europa mehr Menschen zu diesem Thema auf die Straße gegangen.

Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer übertraf die Erwartungen der Veranstalter deutlich. Zur Demonstration aufgerufen hatte ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, GlobalisierungskritikerInnen und Parteien.

Warum gerade jetzt der Zustrom?

Warum kommen in diesem Jahr so viele Flüchtlinge?

Die allermeisten Flüchtlinge leben in den Nachbarstaaten der Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete.

Es ist nicht mehr genug Geld vorhanden, um die Menschen vor Ort in diesen Lagern zu versorgen. Die Mittel der UN-Behörden reichen für die 60 Millionen Vertriebene in aller Welt nicht mehr aus. Neun Milliarden Dollar fehlen, um das notwendige Versorgungsniveau aufrecht zu erhalten.

Auch Deutschland hat zugesagte Finanzhilfen nicht gezahlt

Das Flüchtlingshilfswerk der UNO und die Welthungerhilfe mussten ihre Unterstützung einschränken.

Die Lebensmittelrationen wurden gekürzt, medizinische Versorgung fällt aus. Es reicht nicht mal mehr für das Minimum.

Dieses Elend ist der Auslöser für die Massenankunft von Syrern, Irakern, Afghanen und Eritreern im östlichen Mittelmeerraum in diesem Jahr.

Die blanke Verzweiflung treibt nun zunehmend auch Frauen und Kinder in die Flucht. Bei der lebensgefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer haben bereits in diesem Jahr wieder Tausende ihr Leben verloren.

Keinerlei Abschreckung durch Verschärfungen des Asylrechts, keine Zäune und Grenzanlagen werden daran etwas ändern. Sie werden nur unsere Gesellschaft barbarischer und unmenschlicher machen.

Fortsetzung von Seite 1
Unter falscher Flagge

Willkommene Ablenkung

Auch ohne Zustrom von Flüchtlingen haben wir zu wenig bezahlbaren Wohnraum, leiden Bildung, Gesundheit und die Städte an Geld- und Personalmangel. Die Versorgung der Flüchtlinge macht diese Missstände lediglich offenkundig. Ausländerfeindlichkeit und Rassismus lenken von den Ursachen unserer Probleme ab.

Verantwortlich ist die Politik der Reichtumpflege, die Konzerne, Banken und Millionäre hätschelt und vor Steuern bewahrt. Diese Politik

kann nur gemeinsam verändert werden, von den Menschen mit und ohne Arbeit, von Jung und Alt, Einheimischen und Migranten. Wer das verhindert, betreibt das Geschäft der Herrschenden, in welchem Gewande er auch auftritt.

Im Windschatten

Schon schlägt der Unternehmerverband BDA vor, den Mindestlohn wieder zu kippen. Er möchte die Flüchtlinge als Lohndrücker missbrauchen.

Unter der falschen Flagge "Fluchtursachen bekämpfen" werden vermehrte Bundeswehreinätze gefordert. Als hätte nicht der Krieg in

Afghanistan und der dortige Einsatz der Bundeswehr bewiesen, dass damit die Probleme erst recht zunehmen. Die Milliarden für den Einsatz der Bundeswehr waren für den Aufbau der dortigen Infrastruktur und für eine lebenswerte Perspektive für die Menschen verloren.

Die Situation in Afghanistan ist schlimmer als zuvor.

Die Flüchtlingsfrage soll instrumentalisiert werden. Das müssen wir verhindern und weiter humanitäre Unterstützung leisten.

Gemeinsam eintreten für politische Alternativen – das ist das Gebot der Stunde.

Wer Elend sät ... bekommt Flüchtlinge

Weltweit sind nach den Angaben der Vereinten Nationen fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Vertreibung, politischer Verfolgung, unerträglicher Armut und den verheerenden Folgen des Klimawandels.

Fluchtursache Nr. 1

Krieg in den Ländern Afghanistan, Syrien und Irak. Hier haben die USA, mit Unterstützung der Merkel-Regierung, militärisch eingegriffen, um von ihnen abgelehnte politische

struktur. Alle drei Länder sind zentrale Ausgangsorte der millionenfachen Fluchtbewegungen.

Fluchtursache Nr. 2

Um Menschen massenhaft zu vertreiben, muss man nicht Kriege führen. Durch die **Austeritätspolitik** der EU, wobei hier die Merkel-Regierung eine treibende Rolle spielt, werden Länder wie z. B.: Griechenland, Portugal und Spanien ins Elend getrieben.

Müll und Geflügelabfälle, erheben aber gleichzeitig hohe Schutzzölle auf ihre eigenen für den Export bestimmten Waren.

Unsere Niedriglohn Politik und hochsubventionierte Exporte von Industriegütern und Lebensmitteln vernichten mittelständische und kleinbäuerliche Strukturen.

So werden mühsam aufgebaute Existenzen zerstört und die Menschen gezwungen, ihr Land zu verlassen.

Die Anzahl der Menschen, die sich aus Ländern wie Ghana, Sudan oder Eritrea auf den beschwerlichen Weg nach Europa machen, ist noch überschaubar - **noch**. Durch den Landraub in Afrika durch Agrarkonzerne werden es mehr werden.

Solange der „Westen“ seine Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik im Nahen Osten und überall um den Globus beibehält, wird er die Fluchtursachen weiter verschärfen.

Ein Drittel der Menschheit muss mit zwei Dollar am Tag und weniger auskommen. Über 840 Millionen Menschen sind dem Hungertod nahe.

Wenn die CO₂-Vergiftung der Umwelt und die davon ausgelöste Erderwärmung weiter anhält, werden in den nächsten 30 Jahren laut Greenpeace 200 Millionen Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen.



Foto: uz Ärzte ohne Grenzen

Regimes zu stürzen und auszutauschen. In Syrien führt der Krieg zu ökonomischer Verwüstung und zum Zusammenbruch der sozialen Infra-

Fluchtursache Nr. 3

Dank diverser **Freihandelsabkommen** mit Afrika liefern wir Waffen,

Haushalt: Elend ohne Ende

Was sich „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ des Landes NRW nennt, erweist sich als gnadenloser Zwang zum Kürzen an allen Ecken.

2016 dürfen die Ausgaben nicht größer als die Einnahmen sein. Folglich wurde krampfhaft nach Einnahmen gesucht. Die Erhöhung der Grundsteuer wurde zunächst einmal verschoben. Elternbeiträge wurden allerdings heraufgesetzt.

Der Gesamtbetrag, der pauschal überall in der Verwaltung gekürzt werden soll, wurde kräftig angehoben. Dabei gehören Luxus-Ausgaben der Stadt längst der Vergangenheit an. Und 50 Stellen sind nach Angaben des neuen Bürgermeisters Jäcke derzeit gar nicht besetzt.

In den kommenden Jahren wird das Elend fortgesetzt. Weitere Kürzungen stehen ins Haus.

Die Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge hat offengelegt, wie eng

die Personaldecke bei den öffentlichen Dienstleistungen ist. Ohne ehrenamtliches Engagement würden die Aufgaben gar nicht zu bewältigen sein; die Stadt ist auf Sachspenden und Spendengelder angewiesen.

Lösbare Probleme

Durch wenige Maßnahmen ließen sich die aufgelaufenen Probleme bewältigen:

- Den Spitzensteuersatz und die Erbschaftssteuer für große Vermögen erhöhen,
- die Vermögenssteuer für Millionäre wieder erheben und
- die Steuergeschenke an die Konzerne und Banken zurücknehmen.

Dann wäre genug Geld für menschenwürdige Unterbringung, medizinische Betreuung und Sprachkurse vorhanden.

Dann wäre genug Geld für den sozialen Wohnungsbau vorhanden. Für alle, die gute und preiswerte Wohnungen brauchen.

Sozialer Wohnungsbau!

Ein Programm für den sozialen Wohnungsbau in öffentlicher Hand ist dringend notwendig.

Der soziale Wohnungsbau findet inzwischen nicht mehr statt und auch in Minden fallen immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung heraus.

Es fehlen in Minden besonders kleine Wohnungen und Wohnungen für größere Familien. Nicht erst der Zuzug von Flüchtlingen macht das zur dringenden Aufgabe.

Diese Maßnahmen wären ein richtiges Konjunkturprogramm, das Arbeitsplätze schafft; für Erwerbslose und Flüchtlinge gleichermaßen.

Die Alternativen müssen in Berlin durchgesetzt werden.

Jene Parteien wie CDU und SPD, die hier vor Ort die Kürzungen durchsetzen, blockieren dort bisher entsprechende Weichenstellungen.

***Unsre Willkommenskultur heißt:
gemeinsam kämpfen!***

Wo das Geld zu holen ist:

Er wächst und wächst - der Reichtum in der Welt.

Nach einer Studie der Entwicklungshilfeorganisation Oxfam wächst die Ungleichheit in der Welt in rasantem Tempo. Die 80 reichsten Menschen besitzen soviel wie die untere Hälfte der Weltbevölkerung, also wie 3,5 Milliarden Menschen.

In der Liste mit den meisten Ultrareichen mit mehr als 50 Millionen Dollar Vermögen steht Deutschland an dritter Stelle.

Eine neue Studie des DIW kommt zu dem Ergebnis, dass die reichsten 10 Prozent unsres Landes dreiviertel (74 Prozent) des gesamten Nettovermögens besitzen.

Die Nichterhebung der Vermögenssteuer hat für die Millionäre und Milliardäre unseres Landes einen schönen Nebeneffekt: Die Finanzämter haben den Überblick über deren Besitztümer verloren. Und so wird ihr Reichtum in allen Statistiken unterschätzt. Und natürlich nicht versteuert.

Er wächst und wächst - der Rüstungsetat.

Im kommenden Jahr sollen es 1,2 Milliarden Euro mehr werden.

Das ist eine Steigerung um 3,7 Prozent auf 34,21 Milliarden Euro. Und so soll es weitergehen.

Das Ziel: Die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. So hat es die NATO vorgegeben. Das wären dann 17,5 Milliarden Euro im Jahr mehr als jetzt.

Sozialticket: Ein Trippelschritt

Das ist zumindest eine halbe Rolle rückwärts: War noch im Mai ein Sozialticket vorgesehen, bei dem drei Kinder unter 15 Jahren mitfahren können, so wurde diese Regelung nun gestrichen.

Das Ticket soll ab Juli kommenden Jahres eingeführt werden und für alle zu haben sein, die aus sozialen Gründen vom Rundfunkbeitrag befreit sind. Es soll etwa 25 Euro kosten. Damit wären die 25,14 Euro, die für Verkehr im Hartz-IV-Regelsatz vorgesehen sind, aufgezehrt. Eine weitere Fahrt – etwa außerhalb des Stadtbereiches oder gar mit der Bahn – wäre nicht mehr drin.

Es ist demnach immer noch zu teuer. Sozial geht anders.

Die Partei „Die Linke“ hatte das Thema auf den Weg gebracht und der Geschäftsführer der Minden-

Minden sichern; ansonsten drohe eine weitere Ausdünnung der Linien.

Die schwierige Gemengelage mit diversen privaten Linienbetreibern, die alle ihren Profit machen wollen, macht nun erst einmal eine komplizierte Abstimmung notwendig.

Die DKP Minden fordert, dass der Öffentliche Personennahverkehr in öffentlicher Regie mit einem öffentlichen Busunternehmen betrieben wird, das nicht gewinnorientiert arbeitet.

Notwendig ist ein Sozialticket, das diesen Namen auch

verdient.

Perspektivisch brauchen wir den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr. Aus sozialen und aus Umweltschutz-Gründen.



Herforder Verkehrsbetriebe (MHV), Overath, hatte sich ebenfalls dafür eingesetzt. Er möchte mit dem Sozialticket den Fortbestand des Öffentlichen Personennahverkehrs in

Dauerthema Elternbeiträge

Der massive Elternprotest im vergangenen Jahr konnte einen vorübergehenden Kompromiss in der Frage der Elternbeiträge für den Offenen Ganztags erringen und führte zu einer Rabattlösung für Geschwisterkinder.

Nun sollen ab 1. Januar die Elternbeiträge für die Kindertagesstätten um fünf Prozent angehoben werden.

Zusätzlich soll künftig immer zum 1. August eine weitere Anhebung um 1,5 Prozent erfolgen.

Die drastische Verteuerung der Ferienbetreuung im Offenen Ganztags wurde zunächst verschoben. Der erneute

Elternprotest zeigte Wirkung.

Diese Verteuerung würde Eltern treffen, die wegen ihrer Berufstätigkeit ihr Kind in den Ferienzeiten unterbringen müssen.

Es würde Kinder treffen, deren Eltern sich keinen Urlaub leisten können. Sollen sie künftig dazu verurteilt sein, nur zu Haus oder auf der Straße herumzuhängen?

In Minden müssen viele Familien von Niedriglöhnen leben.

Sozial und familienfreundlich will die Stadt Minden sein. Diese Politik bedeutet das Gegenteil.



**DKP** Minden
dkp-minden.de

Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.: G. von der Ahe, Brahmweg 11, 32427 Minden